



Niederschrift

zur 41. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Lippstadt am 26.08.2020

Sitzungsraum: Mensa, Realschulzentrum Dusterweg,
Dusterweg 16, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Klaus Fürstenberg

Vorsitzender

stellv. Vorsitzender

Herr Udo Strathaus

stellv. Vorsitzender

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn

ordentliches Mitglied

Herr Bernhard Hörstmann-Jungemann

ordentliches Mitglied

Herr Gunter Gerd Köhler

ordentliches Mitglied

Herr Klaus Laufkötter

ordentliches Mitglied

Frau Gabriele Schütte-Holthaus

stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Jens Behrens

ordentliches Mitglied

Herr Oliver Bertelt

ordentliches Mitglied

Frau Christine Goussis

ordentliches Mitglied

Herr Thomas Morfeld

stellv. Mitglied

Herr Karl-Heinz Tiemann

stellv. Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Michael Rüpp

stellv. Mitglied

BG-Fraktion

Herr Detlef Cramer

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Dieter Holzhauer

ordentliches Mitglied

FDP-Fraktion

Herr Jakob Kuhnert

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns

stellv. Mitglied

Fraktionslose

Frau Maria Massidda

sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme (Integrationsrat)

Entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion

Herr Franz Gausemeier

ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Karl-Heinz Brülle

ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Berthold Niehage

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Winfried Sommer

ordentliches Mitglied

Seitens der Verwaltung nahmen teil:

Herr Horstmann

FBL 6

Herr Elliger

FBL 3

Frau Arens

FD 32

Herr Wegener

FD 32

Herr PG. Sommer

FDL 60

Frau Janotta

FD 60

Herr Bühlmeier

FDL 61

Frau Hövel

FD 61

Herr Alkemeier

FD 65

Herr Utzel

Leiter Baubetriebshof

Herr Kleineheilmann

FD 60 / Schriftführer

Ferner nahmen teil:

Herr Schulze

Büro B.S.L.

zu TOP 2

Herr Müller

Geschäftsführer Stadtwerke Lippstadt

zu TOP 3

Herr Schäfer

Ortsvorsteher Dedinghausen

zu TOP 6

Herr Schmich

Ortsvorsteher Lipperbruch

zu TOP 7

In öffentlicher Sitzung

1. Fragestunde für Einwohner

Eine Einwohnerin erkundigte sich, warum nicht eher mit dem Bau weiterer PV-Anlagen begonnen werden solle. Weiterhin regte sie den Bau zusätzlicher Bürger- PV-Anlagen an.

Frau Schulze vom Klimanetzwerk Lippstadt bat um Auskunft, wann die zusätzlichen Fahrradbügel nördlich des Bahnhofes errichtet werden sollen bzw. wie viele Bügel geplant seien.

Herr Fürstenberg erklärte, dass die Fragen im Zuge der Beratung der Tagesordnungspunkte beantwortet würden.

2. Sachstandsbericht Grüne Infrastruktur Lippstadt Südwest

230/2020

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Horstmann erläuterte Herr Schulze vom Büro BSL dem Ausschuss den aktuellen Sachstand der Baumaßnahme „Revitalisierung des Theodor-Heuss-Park“. Er machte deutlich, dass durch den erfolgten Abbruch der Minigolfanlage mit der Umsetzung der Baumaßnahme begonnen worden sei. Die nunmehr auszuschreibenden Ausbauarbeiten habe man in insgesamt 4 Baulose aufgeteilt. Dies biete den Vorteil, dass sich insbesondere auch kleinere Firmen an der Ausschreibung beteiligen könnten. Sämtliche Arbeiten sollten zeitnah ausgeschrieben und vergeben werden. Begonnen werde mit der Errichtung der Aktiven Promenade. Die Fertigstellung der Baumaßnahme sei zum Ende des Jahres 2021 vorgesehen.

Herr Kleineheilmann berichtete im Anschluss, dass man am 17.08.2020 mit den Ausbauarbeiten des südlichen Abschnittes des Alleenweges südlich der Otto-Hahn-Straße begonnen habe. Im Anschluss sei die Herstellung des mittleren Abschnittes zwischen der Otto-Hahn-Straße und der Overhagener Straße vorgesehen. Den Abschluss bilde der Abschnitt nördlich der Overhagener Straße. Zielsetzung sei es, die tiefbautechnischen Arbeiten bis zum Jahresende abzuschließen. Die abschließenden Bepflanzungsmaßnahmen seien im Frühjahr 2021 vorgesehen. Die Kosten lägen bisher innerhalb des eingeplanten Budgets.

Auf Nachfrage von Herrn Behrens erklärte Herr Kleineheilmann, dass der mittlere Abschnitt bereits jetzt als Lagerfläche benötigt werde und daher abgesperrt worden sei. Herr Behrens regte an, die Wegeverbindung im Hinblick auf die rege Nutzung nach Abschluss der Arbeiten möglichst zeitnah wieder freizugeben.

Frau de Horn begrüßte die Durchführung der Maßnahmen der Grünen Infrastruktur.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, nahm der Ausschuss die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

3. Errichtung von Bürger-PV-Anlagen

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.06.2020

238/2020

Herr Alkemeier erläuterte dem Ausschuss ausführlich die für den Bau von PV-Anlagen untersuchten 6 Dachflächen und begründete die jeweiligen Beschlussempfehlungen.

Herr Horstmann ergänzte, dass für den Bau entsprechender PV-Anlagen im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden, so dass frühestens im Jahr 2022 mit der Umsetzung begonnen werden könne.

Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass zwischenzeitlich weitere Planungen bzw. Vorarbeiten z.B. beim Dach der Dreifachsporthalle zu erledigen seien.

Herr Strathaus begrüßte die Vorlage. Er machte deutlich, dass die Stadt damit ihrer Pilotfunktion gerecht werde. Wichtig sei es, insbesondere im Bereich der Gewerbebetriebe entsprechende Nachahmer zu finden, da hier ein erheblich größeres Potential vorhanden sei.

Herr Rüpp schloss sich den Ausführungen von Herrn Strathaus an und sprach sich dafür aus, in größeren Schritten die Thematik anzugehen.

Herr Bruns unterstützte ebenfalls die Vorlage. Hinsichtlich der Umsetzung beantragte er, aus den Beschlussvorschlägen Nr. 2 und 3 nach dem Haushaltsjahr 2022 das ff. zu streichen.

Frau Massidda sprach sich ebenfalls dafür aus, mit der Umsetzung der Maßnahmen eher zu beginnen.

Herr Behrens erklärte, dass bei der Entscheidung, ob eine PV-Anlage errichtet werden solle, der Faktor Rendite im Hinblick auf die Vorbildfunktion nicht zu hoch gehängt werden solle.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, ließ Herr Fürstenberg zunächst über den Antrag von Herrn Bruns abstimmen. Der Antrag auf Streichung des ff. hinter dem Jahr 2022 in den Punkten 2 und des 3 des Beschlussvorschlages wurde bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss beschloss der Ausschuss:

- 1) Die Bereitstellung der Dachfläche auf der neuen Dreifach-Turnhalle am Jahnplatz für den Bau und Betrieb einer PV-Anlage wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau und Betrieb einer PV-Anlage durch die Evangelische Kirche entsprechende Gespräche aufzunehmen.
- 2) Dem Bau und dem Betrieb der PV-Anlage auf dem Dach der Edith-Stein-Realschule durch die Stadt Lippstadt wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Finanzmittel in die Haushaltsplanberatung 2022 ff. einzubringen.
- 3) Dem Bau und dem Betrieb der PV-Anlage auf dem Dach des Ostendorf-Gymnasiums durch die Stadt Lippstadt wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Finanzmittel in die Haushaltsplanberatung 2022 ff. einzubringen.

- 4) Die Nutzung des Stroms vom BHKW an der Gesamtschule (GSL) und damit die Wirtschaftlichkeit dieser Anlage darf nicht beeinträchtigt werden.

Dem Förderverein der GSL wird über das Pachtmodell die Errichtung einer 10 kW-Anlage mit Eigenstromnutzung durch die Stadt Lippstadt eingeräumt.

Die verbleibenden Dachflächen von Cluster 1-3 werden Bürgern für eine Volleinspeisungsanlage angeboten.

Als mögliche Realisierungs-Variante wird in zweiter Priorität hier die Installation einer Bürgersolaranlage angeboten. Hierzu sind die Rahmenbedingungen z.B. mit den Stadtwerken Lippstadt GmbH als Betreiber der Anlage zu klären.

- 5) Das Dach der Grundschule Dedinghausen – Sporthalle – wird Bürgern für eine PV-Anlage mit Volleinspeisung angeboten.
- 6) Für das Dach der Grundschule Lipperode – Sporthalle- ist eine statische Prüfung durchzuführen. Sofern die Statik dies ermöglicht, wird die Anlagengröße so bemessen, dass eine wirtschaftlich anzustrebende Eigenstromverbrauchsquote von ca. 30 % realisiert werden kann (voraussichtlich 20 kW-Anlage).

In diesem Fall wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Finanzmittel in die Haushaltsplanberatung 2022 ff. einzubringen.

(Einstimmig zugestimmt)

4. Grab- und Erinnerungsstätte für Sternenkinder auf dem Hauptfriedhof 197/2020

Frau Janotta erläuterte dem Ausschuss die geplante Errichtung einer Grab- und Erinnerungsstätte für Sternenkinder auf dem Hauptfriedhof. Das Ausbaukonzept orientiere sich an dem Stadtmotto „Licht - Wasser – Leben“ und sehe unterschiedliche Gestaltungselemente vor.

Herr Holzhauer begrüßte grundsätzlich die Errichtung der Grab- und Erinnerungsstätte für Sternenkinder. Das im 2. Bauabschnitt vorgesehene „Schiff als Sitzplatz“ sei aus seiner Sicht in der Symbolik übertrieben.

Der Ausschuss beschloss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage näher beschriebene und in der Sitzung vorgestellte Grab- und Erinnerungsstätte für Sternenkinder auf dem Hauptfriedhof anzulegen und weitere Kindergräber auszubauen.

(Bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt)

5. Maßnahmen für das Dorferneuerungsprogramm NRW 2021

225/2020

Herr Ortsvorsteher Morfeld begrüßte die Vorlage und sprach sich für eine entsprechende Beschlussfassung aus.

Der Ausschuss beschloss:

Der Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss unterstützt die Sanierung der Fassade an der Alten Schule in Esbeck und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat, den Beschluss über die Antragstellung von Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm NRW 2021 für die Fassadensanierung der Alten Schule in Esbeck zu fassen.

(Einstimmig zugestimmt)

6. Aufwertung des Bahnhofbereiches Dedinghausen

179/2020

Herr Ortsvorsteher Schäfer begrüßte das vorliegende Konzept für die Aufwertung des Bahnhofes in Dedinghausen. Er verwies auf die vielen Pendler und den seit Jahren bestehenden große Bedarf für den Bau entsprechender Park+Ride sowie Bike+Ride-Stellplätze.

Herr Holzhauer erkundigte sich nach dem Sachstand der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung. Weiterhin bat er um Auskunft, warum die bestehenden Stellplätze nicht in die Planung integriert worden seien. Herr Horstmann machte deutlich, dass die Zuständigkeit dafür beim Kreis Soest liege. Aktuelle Entwicklungen mit dem Ziel, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen, seien ihm nicht bekannt. Die Planung der neuen Stellplätze sei auf Grundlage des aktuellen Bebauungsplanes erfolgt. Die vorhandenen Stellplätze seien lediglich provisorisch angelegt.

Herr Morfeld bedankte sich für die Vorlage und sprach sich für eine entsprechende Beschlussfassung aus.

Herr Rüpp erklärte, dass seine Fraktion die Anlegung entsprechender Anlagen grundsätzlich begrüße. Im konkreten Fall werde er dem vorliegenden Beschlussvorschlag im Hinblick auf den Eingriff in die vorhandene Grünfläche sowie die Unwägbarkeiten hinsichtlich einer möglichen Rückzahlung von Fördergeldern nicht zustimmen.

Herr Horstmann machte deutlich, dass die Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge nicht absehbar sei. Das Risiko einer Rückzahlung von Fördermitteln sei aus seiner Sicht begrenzt. Weiterhin sei zu bedenken, dass mit der Umsetzung der Maßnahme die Situation für die Pendler am Bahnhof in Dedinghausen deutlich verbessert werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beschloss der Ausschuss:

1. Dem vorgestellten Konzept zur Aufwertung des Bahnhofes Dedinghausen mit einem Park+Ride-Parkplatz (P+R) sowie einem Bike+Ride-Platz (B+R) wird vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag zur Umsetzung der Maßnahme beim NWL einzureichen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Haushaltsmittel in den Haushaltsplan 2022 einzubringen.

(Bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt)

7. Umgestaltung der Ringstraße in Lipperbruch im Bereich der Kreuzung mit der Lilienthalstraße und der Straße Lippischer Bruch

172/2020

Herr Ortsvorsteher Schmich sprach sich für eine entsprechende Beschlussfassung aus.

Herr Holzhauer kritisierte, dass die Ringstraße im jetzt auszubauenden Abschnitt einen anderen Querschnitt erhalte als im weiteren Verlauf Richtung Mastholter Straße. Weiterhin bezweifelte er den Bedarf für die Anlegung der geplanten Stellplätze. Herr Ortsvorsteher Schmich machte deutlich, dass insbesondere durch das angrenzende Altenheim ein erheblicher Bedarf für die Anlegung von Stellplätzen bestehe.

Der Ausschuss beschloss:

Die Ringstraße ist im Bereich der Kreuzung mit der Lilienthalstraße und der Straße Lippischer Bruch entsprechend des in der Sitzung vorgestellten Ausbauplanes umzugestalten.

(Bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt)

8. Festlegung der Ausbaukonzeption für den Straßenzug "Bökenförder Straße/Westernkötter Straße" von der Straße Am Südertor bis zur Südstraße

243/2020

Vor Eintritt in die Diskussion beantragte Herr Holzhauer, die Beratung des Tagesordnungspunktes im Hinblick auf die weitreichenden Festlegungen zu vertagen. Die Herren Bruns, Laufkötter und Morfeld erklärten, dass sie diesen Bedarf nicht sähen und daher der Punkt aus ihrer Sicht beraten werden könne.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag auf Vertagung bei 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Horstmann erläuterte im Anschluss ausführlich die Vorlage einschließlich des geplanten weiteren Vorgehens für den Straßenzug „Bökenförder Straße/Westernkötter Straße“ von der Straße Südertor bis zur Südstraße.

Herr Laufkötter erklärte, dass sich seine Fraktion dafür ausspreche, das LKW-Durchfahrtsverbot im Abschnitt Westernkötter Straße zwischen Südstraße und Bökenförder Straße sofort anzuordnen. Aufgrund der Verkehrsbelastung unterstütze man weiterhin die Ausweisung von Tempo 30 in der Westernkötter Straße. Das Ergebnis der rechtlichen Überprüfung sei jedoch abzuwarten. Nach Abschluss der Baumaßnahme rege man weiterhin die Durchführung von Verkehrszählungen an, um aktuellere Zahlen hinsichtlich der Verkehrsbelastung nutzen zu können. Auf den Einbau von Flüsterasphalt könne vermutlich verzichtet werden, da dieser erst ab einer Geschwindigkeit von 60 km/h seine Wirkung entfalten könne.

Herr Holzhauer kritisierte, dass bei den vorliegenden Ausbaukonzepten der PKW-Verkehr auf minimalsten Breiten abgewickelt werden solle. Demgegenüber stünden komfortable Gehwege mit einer Breite von 2,50 m. Weiterhin bemängelte er, dass mit den geplanten Konzepten der Verkehr auf andere Straßen verlagert werde. Die zukünftige Abwicklung des Verkehrs im Kreuzungsbereich Konrad-Adenauer-Ring/Südstraße werde nach seiner Einschätzung nicht funktionieren. Die im Raum stehende Anordnung von Tempo 30 in der Westernkötter Straße könne er sich grundsätzlich vorstellen.

Herr Horstmann erklärte, dass die vorliegenden Ausbaukonzepte auf Grundlage der im Rat beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanung und der in dem Zusammenhang festgelegten Funktion der einzelnen Straßen erstellt worden sei. Weiterhin habe man berücksichtigt, welche Nutzungen entlang der Straße vorlägen.

Auf Nachfrage von Herrn Morfeld erklärte Herr Horstmann, dass der Straßenzug Bökenförder Straße/Westernkötter Straße in insgesamt 3 Bauabschnitten ausgebaut werden solle. Nach erfolgter Zustimmung des Naturschutzbeirates, der Durchführung entsprechender Anliegergespräche sowie der abschließenden Beschlussfassung des zuständigen Fachausschusses solle im 2. Halbjahr 2021 mit dem Ausbau der Westernkötter Straße begonnen werden.

Herr Elliger erläuterte die rechtlichen Bedenken seines Fachbereiches hinsichtlich der Zulässigkeit von Tempo 30 in der Westernkötter Straße. Er machte deutlich, dass jede Straße grundsätzlich individuell betrachtet werden müsse. Der Vergleich mit anderen Straßen sei hier nicht zielführend.

Herr Fürstenberg schlug im Anschluss vor, den Punkt 2 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ändern, dass die Ausweisung von Tempo 30 in der Westernkötter Straße unter Abwägung aller Gesichtspunkte nochmals von der Verwaltung geprüft werde.

Frau Massida erklärte, dass die vorgesehenen Fahrbahnbreiten einschließlich Schutzstreifen für den Fall von Tempo 50 aus ihrer Sicht zu schmal seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Fürstenberg über den Beschlussvorschlag mit Änderung des Punktes 2 sowie dem sofortigen LKW-Durchfahrtsverbot unter Punkt 3 abstimmen.

Der Ausschuss beschloss:

- (1) Das in der Vorlage beschriebene Konzept zum Ausbaus des Straßenzuges „Bökenförder Straße/Westernkötter Straße“ wird beschlossen.
- (2) Die Anregungen der Anlieger der Westernkötter Straße zur Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 und die Sachdarstellung des FD 32 dazu werden zur Kenntnis genommen.

Unter Abwägung der Zielsetzungen aus dem VEP, der Anregungen der Anlieger und der Sachdarstellung der Verwaltung (hier FD 32) wird die Zielsetzung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 in der Westernkötter Straße grundsätzlich begrüßt.

Die Verwaltung wird beauftragt, vor einer abschließenden Beschlussfassung, die Zulässigkeit von Tempo 30 in der Westernkötter Straße unter Abwägung aller Gesichtspunkte nochmals eingehend zu prüfen.

- (3) Im Abschnitt der Westernkötter Straße zwischen Südstraße und Bökenförder Straße ist
 - sofort** oder
 - nach erfolgten Ausbau**ein LKW-Durchfahrtsverbot anzuordnen.**
- (4) Die Verwaltung wird beauftragt, die Zustimmung des Naturschutzbeirates des Kreises Soest zur Erneuerung der Allee in der Westernkötter Straße und zu den vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen in der Bökenförder Straße einzuholen.
- (5) Bei einer Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde sind die Anlieger über die geplanten Straßenbaumaßnahmen und die Höhe der voraussichtlich zu zahlenden Straßenbaubeiträge zu informieren.
- (6) Der demnächst zuständige Fachausschuss soll danach abschließend die einzelnen Bauprogramme beschließen.

(Bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt)

9. Umsetzung einer klimafreundlichen Verkehrsentwicklung **hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12.06.2020** 170/2020

Herr Horstmann berichtete dem Ausschuss in Ergänzung der Vorlage, dass die Maßnahmen für das Förderprogramm „Erhaltungsinvestitionen an Straßen und Radwegen“ inzwischen beantragt worden seien. Beantragt habe man im Jahr 2020 die Deckensanierung der Radwege an der Stirper Straße. Die Maßnahme sei bereits beschlossen und die Haushaltsmittel in Höhe von 117.000 € stünden zur Verfügung. Bei einer Förderung von 85 % rechne man mit Fördermittel in Höhe von fast 100.000 €.

Für das Jahr 2021 solle eine Deckensanierung im Bereich der Cappeler Stiftsallee zwischen der Beckumer Straße und der Straße Große Kirmes umgesetzt werden. Die Kosten seien mit 110.000 € kalkuliert, so dass auch hier mit Fördermitteln in Höhe von 93.500 € gerechnet werde.

Herr Horstmann erklärte, dass für verschiedene weitere Maßnahmen der Nahmobilität noch Deckungsmittel für die Finanzierung benötigt würden. Er verwies dabei auf die weiteren Vorlagen der Tagesordnung. Er schlug vor, in Abstimmung mit der Kämmerei zu prüfen, inwieweit die bisher nicht eingeplanten Fördermittel zur Deckung anderer Maßnahmen genutzt werden können.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Herr Rüpp begrüßte im Namen seiner Fraktion die Vorlage.

Herr Strathaus erklärte, dass seine Fraktion dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages hinsichtlich der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht auf der Ostseite des Lippertors nicht zustimmen werde. Herr Holzhauer schloss sich den Ausführungen an und beantragte eine gesonderte Abstimmung des Punktes.

Frau de Horn schlug vor, die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht im Zuge eines Verkehrsversuches zu testen.

Die Herren Bruns und Rüpp sprachen sich dafür aus, im Zuge eines Verkehrsversuches auf der Ostseite der Straße Lippertor eine Umweltspur einzurichten. Frau Arens erklärte, dass ein derartiger Verkehrsversuch nach den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung nicht zulässig sei.

Herr Fürstenberg schlug vor, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurückzustellen und vor einer Beschlussfassung zunächst eine Stellungnahme der RLG zu der Thematik einzuholen.

Im Anschluss ließ Herr Fürstenberg über den Beschlussvorschlag ohne den Punkt „Aufhebung Radwegebenutzungspflicht“ abstimmen.

Der Ausschuss beschloss:

- 1) Die Ausführungen zu Punkt 1, 2 und 3 werden zur Kenntnis genommen.
- 2) Die Ortsbesichtigung der Verkehrskommission wurde am 12.08.2020 nachgeholt. Die Beratung erfolgt unter der gesonderten Vorlage (Protokoll).
- 4) Über den Punkt „RadWelle“ wird im Rahmen der Behandlung der Vorlage Nr. 194/2020 beraten.

(Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt)

10. Verbesserung des Radverkehrs

**hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 08.06.2020
194/2020**

Herr Bruns unterstütze die Vorlage und sprach sich für eine entsprechende Beschlussfassung aus. Er regte an, dass die Stadt der AGFS – Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden beitreten solle. Weiterhin solle der Gedanke einer Stellplatzsatzung für Fahrräder weiterverfolgt werden.

Nach einer kurzen anschließenden Diskussion beschloss der Ausschuss:

- 1) Zur Umsetzung der Verkehrsentwicklungsplanung „Klimafreundliche Mobilität“ wird der Sachstand aus der Anlage 2 zur Kenntnis genommen.
- 2) Um die Steuerungsvielfältigkeit in der Signaltechnik nutzen zu können und optimierte Signalprogramme für alle Verkehrsarten erstellen, planen und umsetzen zu können, wird die Erhebung der Belastungszahlen aller Verkehrsteilnehmer begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen zu prüfen und zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- 3) Der Einrichtung alternativer Anforderungssysteme an Signalanlagen (Wärmebildkameras) an den in der Vorlage benannten drei Knotenpunkten wird zugestimmt.
- 4) Der Sachstand zur Bearbeitung der mit dem ADFC erörterten Punkte wird zur Kenntnis genommen.
- 5) Der Sachstand zur Erweiterung des Angebotes an Fahrradständern in der Altstadt wird zur Kenntnis genommen.

(Einstimmig zugestimmt)

**11. Erweiterung der Radabstellanlage südlich des Bahnhofs Lippstadt
168/2020**

Herr Laufkötter regte an, zwischen dem Wäldchen und der geplanten Radabstellanlage einen Zaun zu errichten.

Auf Nachfrage von Herrn Holzauer erklärte Herr Horstmann, dass man eine doppelstöckige Radabstellanlage auf Grund der fehlenden Bedienerfreundlichkeit nicht eingeplant habe.

Die Herren Bruns und Rüpp sprachen sich im Hinblick auf den Eingriff in die Grünanlage gegen den geplanten Standort aus. Aus ihrer Sicht solle im Bereich des bisherigen Standortes eine doppelstöckige Anlage errichtet werden. Herr Rüpp regte weiterhin an, die Taxenstände zugunsten zusätzlicher Fahrradstellplätze zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Herrn Holzauer erklärte Herr Horstmann, dass eine Änderung des Bebauungsplanes für die Umsetzung der Baumaßnahme nicht erforderlich sei.

Nach Abschluss der Diskussion, an der sich weiterhin Herr Strathaus und Frau Massidda beteiligten, beschloss der Ausschuss:

- a) Dem vorgestellten Konzept zur Erweiterung der Radabstellanlage südlich des Bahnhofes Lippstadt wird vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung zugestimmt.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag zur Umsetzung der Maßnahme beim NWL einzureichen.
- c) Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Haushaltsmittel in den Haushaltsplan 2022 einzubringen.

(Bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt)

12. Ortsbesichtigung der Verkehrskommission am 12.08.2020

213/2020

Herr Wegener nahm zu der Frage nach zusätzlichen Fahrradbügeln im Bereich des Bahnhofes Stellung. Er erklärte, dass ca. 8 Fahrradbügel nördlich des Bahnhofes vorgesehen seien. Die Umsetzung solle zeitnah erfolgen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Herren Bruns und Morfeld beteiligten, beschloss der Ausschuss:

„Die Empfehlungen der Verkehrskommission (s. Niederschrift über die Ortsbesichtigung der Verkehrskommission am 12.08.2020) werden beschlossen.“

(Einstimmig zugestimmt)

13. Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans "Klimafreundliche Mobilität"

hier: Verbesserung des ÖPNV-Angebotes und Ausweitung des bestehenden Nextbike-Angebotes

196/2020

Auf Nachfrage von Frau Massidda erklärte Herr Horstmann, dass es vermutlich weitere sinnvolle Standorte für eine Ausweitung des Nextbike-Angebotes gebe. Sofern konkrete Vorschläge vorlägen, bat er um entsprechende Mitteilung.

Herr Bruns begrüßte die Vorlage und sprach sich für eine entsprechende Beschlussfassung aus.

Auf Nachfrage von Herrn Holzhauer erklärte Frau Hövel, dass die Ausweitung des AST-Angebotes sich sowohl auf die Abendstunden als auf das Wochenende beziehe.

Der Ausschuss beschloss:

- 1.) Der Ausweitung des AST-Angebotes, wie in der Vorlage ausgeführt, wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat einen Vorschlag zur Deckung der benötigten Finanzmittel vorzulegen.
- 2.) Dem Konzept des „Adventstickets“, an allen Adventssamstagen 2020 das gesamte ÖPNV-Angebot auf Lippstädter Stadtgebiet kostenlos anzubieten, wird zugestimmt.
- 3.) Der Ausweitung des Nextbike-Angebotes mit einer 5er Station und 2 Lastenrädern wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat einen Vorschlag zur Deckung der benötigten Finanzmittel vorzulegen.

(Einstimmig zugestimmt)

14. Antrag der Ratsfraktion der BG Lippstadt "Lösungssuche gegen die Vermüllung im Umfeld der Altglascontainer"

108/2020

Herr Cramer erklärte, dass er in der Vorlage einen Lösungsansatz für das geschilderte Problem vermisse.

Herr Utzel machte deutlich, dass es für das Problem keine einfache Lösung gebe. Er ging im Einzelnen auf die Diskussionsvorschläge des Antrages der BG-Fraktion ein und machte deutlich, welche rechtlichen, organisatorischen und technischen Gründe gegen eine Einführung der vorliegenden Lösungsvorschläge sprächen.

Auf Nachfrage von Herrn Bruns erläuterte Herr Utzel, dass mit der Wiedereinführung von zentraler Sperrmüllabfuhr das Problem nicht gelöst werden könne. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien anders als vor 15 oder 20 Jahren, so dass er von einer Wiedereinführung einer regelmäßigen Sperrmüllabfuhr bzw. regionalen Sperrmüllabfuhr nach Bezirken abrate.

Abschließend nahm der Ausschuss die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

15. Verschiedenes

15.1. Geschwindigkeit Lange Straße Nord

Herr Cramer bat um Auskunft, ob für den Bereich der Langen Straße im Abschnitt von der Marktstraße bis zur Mühlenstraße Tempo 30 gelte. Eine entsprechende Beschilderung sei nach seiner Einschätzung nicht vorhanden.

Ergebnis der Prüfung durch den FD 32:

Im o.g. Abschnitt der Langen Straße gilt Tempo 30. Eine zusätzliche Beschilderung ist nicht erforderlich.

15.2. Westlicher Gehweg der Straße Am Tiergarten

Herr Holzhauer erklärte, dass der vorhandene ca. 2 m breite Gehweg auf der Westseite der Straße Am Tiergarten im Zusammenhang mit der Errichtung einer Waschanlage in einem Abschnitt verschmälert worden sei. Seitens der Verwaltung wurde eine Überprüfung zugesagt.

Nach erfolgter Prüfung wird das Bauvorhaben entsprechend der gültigen Baugenehmigung auf dem privaten Grundstück des Bauherrn umgesetzt.

Ende des öffentlichen Teils um 21:10 Uhr.

gez. Fürstenberg
Vorsitzender

gez. Kleineheilmann
Schriftführer